

Sehr geehrter Herr Müntefering,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 16. Juli 2004. Der (gespielten?) Lockerheit des Tonfalls in Ihrem Brief können wir uns leider nicht anschließen. Auch Ihre polemische Bitte, man möge doch „miteinander und nicht übereinander“ reden, kann uns nur verwundern: Seit wann denn will die SPD-Regierung mit uns reden? Spätestens seit der „Basta“-Rede des Bundeskanzlers hören wir immer nur dieselbe Platte: „Wir machen das jetzt“ – Basta! Eine Wiederholung dieser Basta-Rede von 2003 konnten wir jetzt aktuell am 18. August 2004 genießen: Alles wird so gemacht wie beschlossen, sagt der gerade aus dem (ungekürzten!) Urlaub gekommene Kanzler auf der Bundespressekonferenz, Proteste sind erlaubt (!!!) aber ändern nichts.

Über was also wollen Sie mit uns reden? Darüber, wie wir uns als Betriebsräte zu Helfershelfern Ihrer unverrückbar feststehenden asozialen Politik machen könnten? Da sind Sie bei uns falsch.

Der Betriebsrat MZV hat seit Jahrzehnten eine sehr hohe Akzeptanz in der Belegschaft – und das in traditionell schwierigem Umfeld. 82,3 Prozent der Wahlberechtigten beteiligten sich an der Betriebsratswahl 2002 – ein für uns gewohnt gutes Resultat, Sie und die anderen Parteien können davon aus gutem Grund nur träumen.

Wir sind sicher, dass unsere Wählerinnen und Wähler, wahrscheinlich auch die knapp 18 Prozent, die nicht zur Betriebsratswahl gegangen sind, nicht wollen, dass wir eine Politik unterstützen, die Arbeitnehmer ständig rechtloser macht, sie statt an staatliche, also gesellschaftlich getragene Absicherung an private Versicherungsgesellschaften verweist und sie schließlich (Hartz IV) in letzter Konsequenz in die Armut stößt, auch ohne Rücksicht darauf, wie lange und wie viel sie schon gearbeitet haben.

Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass Sie und Ihre Partei keine Ahnung haben von der Wut und der Erbitterung, die unter den Menschen in den Betrieben, also an der „Basis“, herrscht. Diese, von uns täglich erlebte, verbreitete Einstellung zur Politik Ihrer Partei kommt vor allem daher, dass die Menschen die Verlogenheit spüren, die hinter all den offiziellen Verlautbarungen von Regierung und Partei steckt. Ihren Brief haben wir im Betrieb verbreitet. Er hat allgemein nur Kopfschütteln ausgelöst; „wo lebt der denn?“ war noch die mitfühlendste Frage, die anderen Reaktionen sind mehrheitlich wirklich nicht zitierbar.

Ob „Beitragssenkungen“ im Gesundheitswesen, die mehr als aufgesogen werden durch Selbstbeteiligungen (als „Eigenverantwortung“ verbrämt) bei den Krankheitskosten; der Lockerung des Kündigungsschutzes (was, nebenbei gesagt, nicht nur asozial sondern wahrscheinlich sogar verfassungswidrig ist), mit der Neueinstellungen gefördert (?) werden sollen; dem Wahnsinn, dass ausgerechnet „Sozis“ den modernen Menschenhandel, genannt Leiharbeit, salonfähig machen und auf ungeahnte Höhen befördern; die durch die neuen Befristungsregelungen ins unendliche ausgedehnten Probezeiten und massenhaft ungeschützten Arbeitsverhältnisse und schließlich die perversen Regelungen für die „geringfügig Beschäftigten“, die keineswegs nur geringfügige Leistung bringen, aber nur geringfügig dafür entlohnt werden:

Statt allen diesen, hier ohnehin nur unzureichend aufgezählten Punkten Ihrer „Agenda 2010“ hätten wir auch platzsparend nur schreiben können:

Lohnsenkung, Lohnsenkung, Lohnsenkung und noch mal Lohnsenkung.

Lohnsenkung: Das und nichts anders ist doch die Politik der Regierung Schröder; die Löhne in Deutschland sind zu hoch, meint ausgerechnet die SPD (wann fusionieren Sie mit der FDP? Da gibt's doch haufenweise Synergieeffekte).

Das, was derzeit als „Hartz IV“ diskutiert wird, ist ja ebenfalls nur Teil dieser Lohnsenkungs-Kampagne.

Warum sagen Sie das nicht laut, direkt und ehrlich?

Fürchten Sie die Diskussion, die dann entstehen könnte? Darüber könnten wir mal miteinander reden, statt dass Sie uns immer unterstellen, wir würden uns verweigern und blockieren.

Im „Kalten Krieg“ sind den westdeutschen Arbeitnehmern zu viele Zugeständnisse gemacht worden, meint die heute herrschende Klasse hierzulande. Die BRD war halt damals „das Schaufenster des Westens“. Nun ist der Sozialismus niedergedrungen – und die „Zugeständnisse“ sollen jetzt rückgängig gemacht werden. Darum geht es doch unter anderem.

Und außerdem geht es um die „Globalisierung“, die letztlich doch nichts anderes ist als ein weltweiter Wirtschaftskrieg, in dem die Arbeitnehmer aller Länder das Kanonenfutter abgeben sollen.

Für diese Zwecke dient auch Hartz IV.

Die unmittelbaren Opfer dieses Terrors, dieser zynischen Politik sind natürlich die lange Zeit Arbeitslosen. Gemeint sind die aber eigentlich nicht. Vielmehr richtet sich Hartz IV an die, die noch Arbeit haben: „Riskiert nichts, lasst euch alles gefallen, arbeitet 40, 50 Stunden, wenn's verlangt wird auch ohne Bezahlung: denn nichts ist so schlimm, wie arbeitslos zu werden, nur ein Jahr und ihr steht am Abgrund“, heißt die Botschaft der SPD-Regierung.

Untermauert wird das mit der Lockerung des Kündigungsschutzes, dessen weitere Zerstörung momentan nur heruntergespielt wird (siehe DIW-Zimmermann am 13. 8. 2004 in der „Netzeitung“: „Neue Fässer aufzumachen hat keinen Sinn. Die Hartz-Reformen müssen erst ihre Wirkung entfalten.“).

Und das unter dem Vorzeichen, dass Unternehmen heutzutage massenhaft Leute entlassen, eben **weil** sie Fabelgewinne machen (Siemens!), aber die noch steigern wollen, und Menschen über 40 praktisch keine Chance mehr haben, irgendwie bezahlte Arbeit zu bekommen, mittels derer sie ihren Lebensunterhalt halbwegs menschenwürdig bestreiten können.

„Mündige Arbeitnehmer“ hieß mal ein Schlagwort der Politik und „Vermögen in Arbeitnehmerhand“ ein anderes. Damit ist jetzt Schluss. Der Zucker ist aus, es gibt nur noch Peitsche, das ist die Agenda 2010.

In der „Financial Times Deutschland“ stand kürzlich, das sei zu 99,9 %

die Umsetzung des Politikprogrammes des BDI.

Herzlichen Glückwunsch, Herr Sozialdemokrat!

Unter den von Ihnen geschaffenen Bedingungen ist die Arbeit für uns Betriebsräte so schwierig wie noch nie. Krisenzeiten hatten wir schon oft. Aber nun schlägt uns ausgerechnet eine sozialdemokratische Regierung den Boden unter den Füßen weg. Können Sie sich vorstellen, wie oft wir uns von der Geschäftsleitung den hämischen Satz anhören müssen: „Was wollen Sie denn, das hat doch jetzt sogar die SPD eingesehen!“

Und *wir* stehen jetzt da als „ewig Gestrige“ – auch da denkt die SPD-Führung ja wohl kaum anders als unsere Geschäftsleitung.

Da müssten wir uns jetzt z. B. auch auslassen über Ihre neueste „Deregulierung“, der praktischen Abschaffung der Arbeitsstättenverordnung, die uns Betriebsräte im Bereich des Arbeitsschutzes praktisch handlungsunfähig macht, zu Bettlern auf dem Gebiet der menschengerechten Einrichtung von Arbeitsplätzen.

„Globalisierung!“ könnten Sie da jetzt einwerfen, in Südostasien gibt es solche Vorschriften ja schließlich auch nicht. Stimmt. Aber dort gibt es auch immer wieder Katastrophen mit vielen Toten und Verletzten – Unglücke, die durch deutsche Standards hätten verhindert werden können – und ein Menschenleben ist doch, da sind wir uns ganz sicher noch einig, unbezahlbar. Aber das sprengt jetzt den Rahmen dieses Briefes (und Sie haben ja dazu auch eine „Kommission“ eingesetzt!).

Andere Ihrer Untaten wie Leiharbeit und endlose Befristungsmöglichkeiten von Arbeitsverhältnissen haben wir schon angesprochen. Kennen Sie noch einen jungen Menschen, der einen unbefristeten Arbeitsvertrag hat?! Angeblich tun Sie das alles ja „für unsere Kinder“.

Was für eine Welt finden denn „unsere Kinder“ vor, wenn das aufgeht, was Sie vorhaben? Welche Arbeitsverhältnisse finden die dann vor? 40- oder 50-Stunden-Woche nach Belieben des Unternehmers, Teile davon unbezahlt, keinen Tarifvertrag, kein Urlaubsgeld etc., ob es Urlaub so wie bisher überhaupt noch gibt, steht in den Sternen (lediglich für heuer haben Sie uns ja zum „ungekürzten“ Urlaub noch beglückwünscht). Wer soll denn unter diesen Bedingungen noch eine Familie gründen oder gar ein Haus bauen, welche Bank gibt einem dauernd nur befristet Beschäftigten zu seriösen Bedingungen dafür einen Kredit? – Alles für unsere Kinder?

Oder nehmen wir die Rente:

Das Rentensystem retten will Rot/Grün angeblich. Und dazu sollen die Arbeitgeber – siehe Lohnsenkungsprogramm – von jeder Belastung auch diesbezüglich befreit werden. Nur „Einschnitte“ seien das, sagen Sie. Das ist infam. So macht man das hinterfotzig mit einem Baum, den man loswerden will, aber offiziell nicht fällen darf: Man schneidet ihn nur soweit ein, dass er zwar stehen bleibt, aber schließlich von allein stirbt – und wenn ihn dann der nächste Sturm umwirft, kann man das als Bestätigung vermarkten: Seht doch, wie krank er war, unser Einschnitt war berechtigt!

Das haben Sie ja aktuell auch mit unserem Gesundheitswesen vor: Wir sollen uns alle privat versichern „dürfen“! Den gesetzlichen

Krankenkassen wollen Sie die „Chance des Wettbewerbs“ geben! Haben Sie, resp. die regierende SPD eigentlich einen Beratervertrag mit der Versicherungswirtschaft? Wollen Sie amerikanische Verhältnisse auf diesem Gebiet – wer Geld hat, ist versichert, der Rest hat eben Pech? Und wenn es einen Börsencrash gibt, haben eben alle Pech gehabt!

Ob Rente oder Gesundheit: Sie fahren ein lupenreines, asoziales, wirtschaftsliberales Programm, das nichts weiter besagt, als dass der Staat und die Unternehmerschaft nichts mehr zu tun haben sollen und wollen mit den Problemen des Arbeitsvolks. Soll das sich doch „eigenverantwortlich“ um sich selbst kümmern.

Wir haben diesen Brief auch im Betrieb diskutiert. Das Ergebnis wird Ihnen nicht schmecken, aber es ist eben so: „Was tut ihr solange rum, schreibt denen einfach, dass sie Drecksäue sind!“ – der Zornausbruch eines Kollegen ist charakteristisch für die Stimmungslage im Betrieb.

Dieses Land wurde nicht aufgebaut von den Flicks und den Bundeskanzlers, auch wenn die das gerne so darstellen. Dieses Land wurde aufgebaut und wird erhalten und vorwärts gebracht von den Arbeitern und Angestellten, für die Ihnen und den Unternehmern und deren Verbänden nun jeder Euro zu schade ist. 1-Euro-Jobs für uns, 14 Millionen Mark für einen Schrempp? Rechnen sie mit unserem Widerstand!

2006 wird die SPD die Wahlen vielleicht ja doch wieder gewinnen, mit Hilfe der Union und notfalls auch der BILD-Zeitung, eine Wiederannäherung zwischen diesem Blatt und Schröder zeichnet sich derzeit ja deutlich ab. Ihre frühere Basis hat die SPD aber, so erleben wir das, nicht mehr.

Nicht zuletzt die Sympathie derer, die als Betriebsräte ständig das verteidigt haben, was Sie jetzt alles über Bord werfen, haben Sie auf Dauer verloren. Selbst wenn Schröder nochmal Kanzler wird: Diese SPD ist am Ende – und es ist nicht schade drum (oder anders gesagt: und das ist gut so).

Mit freundlichen Grüßen,

für den Betriebsrat Münchener Zeitungs-Verlag GmbH & Co.
KG

Christine Kölbl
Betriebsratsvorsitzende

ps.: Sie können gerne Ihrem SPD-Kollegen Poß folgen und sich über unseren Brief bei Kollegen Bsirske beschweren. ver.di ist allerdings etwas anders als die KPdSU unter Stalin. Und „Abweichler“-Strafaktionen gibt es – anders als bei Ihnen – in einer demokratischen Gewerkschaft auch nicht.